

# Ein halbes Jahrhundert des Erfolges

Der ökonomische Aufstieg Österreichs  
im OECD-Raum seit 1950

Von Anton Kausel



Wien 1998

Finanznachrichten  
Wochenschrift für Wirtschaftspolitik

S o n d e r n u m m e r

# **Ein halbes Jahrhundert des Erfolges**

Der ökonomische Aufstieg Österreichs  
im OECD-Raum seit 1950

Von Anton Kausel

Herausgegeben von Christoph Hartmann

## **Geleit**

*Der österreichische EU-Vorsitz im zweiten Halbjahr 1998 und der bevorstehende Übergang zur gemeinsamen europäischen Währung sind Anlässe, die es rechtfertigen, eine Bilanz über ein halbes Jahrhundert österreichischer Wirtschaftspolitik zu ziehen. Dies aus zwei Gründen: Erstens, weil wir annehmen, daß bei dieser Gelegenheit auch unsere Außenhandelspartner an österreichischen Themen vermehrt Interesse finden; und zweitens, weil sich zeigen läßt, daß die konsensorientierte österreichische Wirtschaftspolitik in langfristiger Sicht als erfolgreiches Modell präsentiert werden kann. Als ein Modell, das auch die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages vorweggenommen hat. Es ist vor allem dieser Langzeitvergleich, der uns beweist, daß hinter kurzfristigen Rückschlägen und temporären Problemen eine grundsätzlich positive Entwicklung steht, die letztlich ein Spiegelbild des steigenden Wohlstandes und der Leistungsfähigkeit unseres Landes ist.*

*Der Beitrag, den die Oesterreichische Nationalbank zu dieser Erfolgsgeschichte geleistet hat, kann erst dann bewertet werden, wenn wir weit genug in die Vergangenheit zurückgehen. Denn schon in den siebziger Jahren hatte sich in Österreich – im Gegensatz zu den damals dominierenden geldtheoretischen Strömungen – ein währungspolitisches Konzept durchgesetzt, das im Interesse der Stabilitätspolitik einer kleinen, offenen Volkswirtschaft auf ein Wechselkursziel abgestimmt war, nämlich auf die D-Mark als (spätere) Ankerwährung des Europäischen Währungssystems.*

*Die Oesterreichische Nationalbank unterstützt daher die Publikation einer von Prof. Dr. Anton Kausel verfaßten Studie, die als Sonderausgabe der wirtschaftspolitischen Zeitschrift „Finanznachrichten“ erscheint. Die im Jahr 1992 verfaßte Version („Vier Erfolgsdezennien – Der ökonomische Aufstieg Österreichs im OECD-Raum von 1950 bis 1991“) wird damit der Öffentlichkeit in einer aktualisierten und neu bearbeiteten Form vorgestellt.*

*Adolf Wala  
Generaldirektor der  
Oesterreichischen Nationalbank*



## Die Propheten

*– und manchmal auch die Prognostiker – malen die Perspektiven der österreichischen Wirtschaftsentwicklung gerne in düsteren Farben: Der Strukturwandel werde verschlafen, der Standort verliere rasant an Attraktivität, das erreichte Wohlstandsniveau stehe auf wackligen Beinen.*

*Die **Kommentatoren** üben sich in Ambivalenz: Zwar sei heute die Lage – relativ gesehen – noch gut, aber für die Herausforderungen der Zukunft sei die österreichische Wirtschaft nicht ausreichend gerüstet.*

*Den **Wirtschaftshistorikern** schließlich fällt die Rolle zu, im nachhinein Entwarnung zu geben: Regelmäßig hat sich, seit dem Zweiten Weltkrieg, die österreichische Wirtschaftsentwicklung in der rückblickenden Wertung als außergewöhnlich erfolgreich und jedenfalls weit günstiger als in sämtlichen vergleichbaren Industrieländern erwiesen.*

*Die **Lernfähigkeit** der falschen Propheten und irrenden Kommentatoren war hingegen gering: Immer wieder wurden Gründe gesucht, warum **diesmal** die österreichische Wirtschaft endgültig in unlösbaren Kalamitäten steckt; und ebenso oft hat sich dann herausgestellt, daß die österreichischen Unternehmen und die österreichische Wirtschaftspolitik jedenfalls nicht schlechter, zumeist sogar besser agiert haben als hochgelobte (aber eben oft nur vermeintliche) Vorbilder ...*

*Die vorliegende Publikation ist die **Bestätigung, daß auch die 90er Jahre eine weit günstigere Wirtschaftsentwicklung gebracht haben, als begleitende Kommentare und Vorhersagen es vermuten ließen.***

*Vielleicht trägt zur negativen, pessimistischen Erwartungshaltung die Erfahrung der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts bei, in der Österreich durch zweimalige Weltkriege und durch die Weltwirtschaftskrise in tiefe Armut abgesunken ist; eine Erfahrung, die auch durch eine nunmehr ein halbes Jahrhundert dauernde Erfolgsgeschichte noch nicht völlig überwunden werden konnte. Glücklicherweise scheinen aber Pessimismus und Minderheitskomplex nicht lähmend auf die wirtschaftliche (und wirtschaftspolitische) Aktivität zu wirken, sondern – ganz im Gegenteil – jedes Ausruhen auf den erworbenen Lorbeeren zu unterbinden und damit **weitere Kapiteln zur Erfolgsgeschichte** hinzuzufügen helfen.*

*Aus der überaus erfolgreichen Bewältigung der Vergangenheit kann einige Zuversicht für die Zukunft abgeleitet werden. Der Oesterreichischen Nationalbank sei aufrichtig gedankt, daß sie durch ihre großzügige Unterstützung der vorliegenden Sondernummer der „Finanznachrichten“ dafür gesorgt hat, daß diese Botschaft über den quantitativ (aber auch qualitativ) elitären Bezieherkreis der „Finanznachrichten“ hinaus Verbreitung findet.*

Christoph Hartmann

# Ein halbes Jahrhundert des Erfolges

Der ökonomische Aufstieg Österreichs im OECD-Raum seit 1950

Von Anton Kausel

*Prof. Dr. Anton Kausel, von 1956 bis 1973 im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und dann bis 1984 im Österreichischen Statistischen Zentralamt, dessen Vizepräsident er ab 1981 war, insbesondere für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zuständig, ist längst eine lebende Legende: Sein Name stand und steht für die unbändige Zuversicht, mit der er seit jeher die Leistungsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft beurteilt.*

*Als Beweis angeführt hat er im Laufe der letzten Jahrzehnte eine lange Reihe von internationalen Vergleichen, wie sie in besonders umfassender Form in der vorliegenden Arbeit angestellt werden.*

*Deren allererste Vorläuferin war der Artikel „Wachstumskrise – eine bloße Episode!“, erschienen am 8. September 1967 in den „Finanznachrichten“. Die bisher detaillierteste Veröffentlichung war dann die 1985 im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei erschienene 88seitige Abhandlung: „150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt im Spiegel der Statistik“. Die in vorliegender Publikation zusammengetragenen Daten wurden erstmals im Jahr 1991 in einer Artikelserie unter dem Titel „40 Jahre ‚Wirtschaftswunder‘ – Der Aufstieg Österreichs vom Nachzügler zur Industrienation höchster Ordnung“ publiziert. Diese Artikelserie bewog die Oesterreichische Nationalbank, den Autor zu einer Aktualisierung seiner Datenreihen einzuladen und für die Veröffentlichung dieser Studie („Vier Erfolgsdezennien – Der ökonomische Aufstieg Österreichs im OECD-Raum von 1950 bis 1991“) als Sondernummer der „Finanznachrichten“ sowohl finanzielle als auch technische Hilfestellung zu geben. Eine „ergänzte Auflage“ (ergänzt mit den Daten für 1992) und eine in englischer Sprache übersetzte Fassung sind 1993 erschienen.*

*In der nun vorliegenden, weitgehend überarbeiteten und ergänzten Auflage<sup>1)</sup>, wird der Nachweis geführt, daß auch die 90er Jahre eine erfolgreiche Fortsetzung der österreichischen Wirtschaftsentwicklung gebracht hat. Bestätigt wird somit durch die aktuellsten OECD-Zahlen, was die vielen österreichischen Zweifler Hofrat Kausel immer wieder im nachhinein konzederen mußten: daß seine bisweilen belächelte Zuversicht durchaus angebracht gewesen war ...*

<sup>1)</sup> Die Bearbeitung der Abschnitte I und III erfolgte durch Christoph Hartmann.

## Einführung

Die Mitte des 20. Jahrhunderts eignet sich besonders gut als Ausgangsbasis für eine langfristige Analyse der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft, denn **1950** war das erste Friedensjahr, in dem wieder marktmäßige Rahmenbedingungen herrschten: Die Kriegsschäden waren im wesentlichen beseitigt, die vorhandenen Produktionskapazitäten wieder gut ausgelastet und die letzten Schwarzmärkte verschwunden. Von alledem jedoch abgesehen, empfiehlt sich ein Beginn mit 1950 auch deshalb, weil mit diesem Jahr in Österreich eine offizielle Volkseinkommensrechnung einsetzt.

In den seither vergangenen fast fünf Jahrzehnten stiegen die **produktive Leistung** der österreichischen Wirtschaft und das durchschnittliche **Wohlstandsniveau der Österreicher** auf mehr als das **Fünffache**; damit ist ein Niveau erreicht worden, das für frühere Generationen unvorstellbar

gewesen wäre: **In weniger als einem halben Jahrhundert sind in Österreich die Real-einkommen doppelt so schnell gestiegen wie, gemessen am Lebensniveau von Tagelöhnern, vorher in einem Vierteljahrtausend** (von 1700 bis 1950). (Selbst in den 4<sup>1/2</sup> Jahrhunderten von 1500 bis 1950 stieg z. B. der Reallohn von Maurergesellen in Wien und Niederösterreich insgesamt um kaum 75%. Oder um bloß 0'12% p. a., im Vergleich zu 3'5% p. a. 1950/97.)

Trotz des gewaltigen Wachstumssprungs seit 1950, der – wie der statistische Teil dieser Arbeit zeigt – unter den OECD-Ländern kaum Parallelen findet, besteht noch immer ein Rückstand gegenüber einigen wenigen OECD-Mitgliedsländern (USA, Norwegen, Schweiz, Japan, Dänemark); dieser Rückstand ist jedoch nicht mehr allzu groß, zumal er bisher kontinuierlich geschrumpft ist.

## I Die Ursachen der österreichischen Wirtschaftserfolge

Getreu dem alten Motto „Der Sieg hat viele Väter, nur die Niederlage ist ein Waisenkind“, ist es nicht ganz einfach die wirklichen Ursachen des besonders raschen Aufstiegs Österreichs zu einer Volkswirtschaft auf höchster Entwicklungsstufe aufzuspüren. Fest steht nur, daß es sich um einen **hausgemachten Erfolg** handelt, denn vom Ausland hat Österreich nichts geschenkt bekommen, abgesehen natürlich von der Wiederaufbau-Hilfe im Rahmen des **Marshall-Plans (ERP)** in den Jahren 1948 bis 1951 als Initialzündung, die von Österreich produktiver eingesetzt wurde als von manchen gleichfalls damit bedachten kriegsgeschädigten Ländern Europas.

Der entscheidende Unterschied liegt aber wohl darin, daß schon sehr bald nach Kriegsende in Österreich durch einen **historischen politischen Konsens** der staatstragenden Kräfte ein **gemischt-wirtschaftliches System** geschaffen wurde, das anfangs chaotischen Auswüchsen vorzubeugen hatte, das in der Folge aber auch die Chance bot,

schrittweise dem **marktwirtschaftlichen Prinzip** Raum zu geben. **Inflationären Tendenzen** wurde ab 1951 mit sozialpartnerschaftlichem Ausgleich sowie insbesondere mit einer akkordierten **Einkommenspolitik** erfolgreich Einhalt geboten. Kernstück dieser Einkommenspolitik war und ist eine **produktivitätsorientierte Lohnpolitik** der Gewerkschaften, die auf mittlere Sicht Österreich einen Lohnauftrieb, der durch die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung nicht gedeckt gewesen wäre, erspart hat.

**Damit wurde schon frühzeitig die wichtigste Vorbedingung für eine zunehmend härter werdende Währungspolitik geschaffen, von deren Richtigkeit anfangs freilich nur wenige überzeugt waren.** Umstritten war insbesondere, ob sich der **Austro-Keynesianismus** mit seiner Kombination von – im Bedarfsfall – expansiver Fiskalpolitik, restriktiver Einkommenspolitik und vorsichtiger Kreditpolitik (die mit Elementen angebotsorientierter Wirtschaftspolitik angereichert waren) mit

einem glaubhaften Hartwährungskurs würde vereinbaren lassen. Mit diesem Austro-Keynesianismus betrat Österreich wirtschaftspolitisches Neu-land und wurde in der westlichen Welt zwar mißtrauisch, aber mit großer Neugier betrachtet.

Als der Erfolg kaum noch geleugnet werden konnte, richtete sich das Mißtrauen zunehmend gegen die **Budgetpolitik**. Doch auch die – im internationalen Vergleich noch immer mäßig – expansive öffentliche Gebarung konnte den harten Währungskurs nie ernsthaft gefährden, weil (was häufig übersehen wird) selbst optisch bedrohlich erscheinende Budgetdefizite aus der **hohen inländischen Geldvermögensbildung** leicht finanzierbar waren und der u. U. bedenklichere Auslandskredit vergleichsweise wenig in Anspruch genommen werden mußte (und wenn, dann zu den günstigen Konditionen für bevorzugte **Triple-A-Kunden**).

Nicht zuletzt aber ist der internationale Höhenflug Österreichs einem **überdurchschnittlich kräftigen industriellen Strukturfortschritt** zu verdanken, Wechselwirkungen sind dabei unübersehbar, denn vieles spricht dafür, daß der Strukturwandel eine investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik zur Voraussetzung hat und daß er nicht losgelöst von der Einkommenspolitik gesehen werden kann. Die Partizipation der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt und der Verzicht auf eine am Hire-and-fire-Prinzip orientierten Personalpolitik der Unternehmer hat dazu geführt, daß in Österreich nur ganz vereinzelt (vor allem im Bereich der Verstaatlichten Industrie) der Versuch unternommen wurde, die Einführung von effizienteren Technologien zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Es ist weiters naheliegend, daß **ein Hartwährungskurs den Strukturwandel beschleunigt** („Innovationspeitsche“), wogegen Weichwährungsländer veraltete Strukturen länger mitschleppen können.

So gesehen ist die **harte Währung der entscheidende wirtschaftspolitische Faktor** – vorausgesetzt natürlich, daß man sie sich leisten kann. Und leisten kann man sie sich, wenn **die Rahmenbedingungen** dafür verwirklicht sind: eine vorsichtige Einkommenspolitik, eine solide Budgetpolitik, die weder den Kapitalmarkt überfordert, noch die

Neuverschuldung für Konsumzwecke mißbraucht, eine Strukturpolitik, die den autonomen Strukturwandel nicht durch Erhaltungssubventionen verzögert, sowie schließlich eine Politik der freien Märkte.

## 1 Die österreichische Hartwährungspolitik

Rückblickend kann als gesichert gelten, daß die Politik des harten, seit 1973 an der stabilen D-Mark orientierten Schillings die derzeitige **internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie** begründet hat; ohne Hartwährungspolitik hätte Österreich vermutlich niemals vergleichbare moderne Industrienationen wirtschaftlich überflügeln können.

Auch im wirtschaftshistorischen Wettbewerb zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen der Schweiz und Schweden, zwischen Japan und den USA **fällt der langfristige Leistungsvergleich unbestreitbar zugunsten der jeweiligen Hartwährungsnation** aus. Es gibt kein empirisches Beispiel, das auf die Dauer den nachhaltigen Erfolg einer Weichwährungslinie dokumentieren würde. Nicht einmal Italien kann als Gegenbeispiel angeführt werden, denn das italienische „**Miracolo economico**“ war im Zeichen der 1948 geschaffenen harten Lira gestanden, und es endete ziemlich schlagartig mit der Preisgabe der fixen Wechselkurse („Ende von Bretton Woods“, 1971).

Heute wird **in Österreich der unnachgiebige Währungskurs nahezu widerspruchslos anerkannt**, denn der Erfolg spricht für sich. Doch dem war nicht immer so: Es bedurfte eines **langjährigen Lernprozesses**, ehe die Vision eines der D-Mark gleichwertigen Schillings Wirklichkeit werden konnte, weil der uralte ökonomische **Minderwertigkeitskomplex** gegenüber dem großen deutschen Nachbarland alle rationalen Überlegungen verhindert. Dieser Lernprozeß reicht bis zur zweiten **D-Mark-Aufwertung von 1969** (um 9,3%) zurück, denn schon damals wurde vereinzelt – insbesondere von Finanzminister Prof. Koren – die Überlegung angestellt, daß Österreich angesichts seiner damals hervorragenden Wirtschafts-

daten (zum Teil waren sie besser als die der BRD) eigentlich mit der D-Mark zumindest teilweise mitziehen sollte. Weil die Zeit für ein stärkeres Selbstbewußtsein noch nicht reif war, scheiterte die Idee einer Schillingaufwertung an der geschlossenen Phalanx der Interessenvertretungen und der von ihnen beeinflussten Politiker.

**Der Preis für diese Nichtaufwertung war schmerzlich genug**, denn dieser De-facto-Abwertung folgten ein kräftiger Inflationsimport aus Deutschland, bei qualifizierten Arbeitskräften ein Abwanderungssog in die BRD und ein starker Lohndruck und zweistellige Inflationsraten. Die Terms of Trade im Außenhandel verschlechterten sich dramatisch: von 1969 bis 1971 um 7%, weil die Importpreise um 15%, die Exportpreise aber nur um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% stiegen.

**Angesichts dieser Probleme entschlossen sich Regierung und Notenbank im Jahr 1971, den bis dahin wenig anspruchsvollen Währungskurs zu revidieren und den Schilling zum ersten Mal in seiner Geschichte autonom aufzuwerten (um 5,05%),** womit der währungspolitische Schaden nachträglich zumindest teilweise gebremst wurde. Nationalbank und Finanzminister wachten seither einträchtig über die Unverletzbarkeit der Währung und erstickten die fallweisen Verwässerungsversuche diverser, von hausgemachten Schwierigkeiten bedrängten Interessenten bereits im Keim.

**Die nächste Bewährungsprobe der Währungspolitik erfolgte gegen Ende der siebziger Jahre,** als trotz guter Wirtschaftsdaten im Rahmen des „magischen Vierecks“ (Wachstum, Beschäftigung, Preisstabilität und Zahlungsbilanz) die Leistungsbilanz ins Defizit zu kippen drohte: Ohne die wahren Ursachen auszuloten, wurde zunächst unerschwellig und dann offener der bequeme Ruf nach Abwertung laut. Sogar ausländische Experten (nämlich jene des Internationalen Währungsfonds) legten Österreich eine Abkoppelung des Schillings von der D-Mark nahe; eine Empfehlung, die inländischen Abwertungsbefürwortern – z. B. der ÖIAG, aber auch den Interessenverbänden der Unternehmer – nicht eben ungelegen kam. Die **Oesterreichische Nationalbank blieb trotzdem hart,**

und dank ihrer Querverbindung zum ÖGB und in voller Übereinstimmung mit dem Finanzminister gelang es ihr, Regierung und Sozialpartner zu überzeugen, dem inneren und äußeren Abwertungsdruck nicht nachzugeben und statt dessen mit der **aktivseitigen Kreditkontrolle** „Limes“ die kreditfinanzierten Importe zu beschränken.

Im Rückblick läßt sich feststellen, daß die österreichische Hartwährungspolitik endgültig gerettet wurde, hätte doch selbst ein zunächst nur mäßiger Schritt in die falsche Richtung unweigerlich eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt.

**Schon ein Jahr später wurde die Richtigkeit der konsequent harten Währungspolitik der Nationalbank voll bestätigt:** Das befürchtete Leistungsbilanzproblem verflüchtigte sich, weil es keine strukturellen, sondern lediglich konjunkturelle Ursachen hatte (Wachstumsvorsprung zum Ausland). Die Experten des IMF revidierten ihre Abwertungsempfehlung und erklärten, sie hätten die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft unterschätzt.

**Seither ist die Währungspolitik Österreichs im In- und Ausland glaubhaft geworden,** und sie konnte nicht einmal in den schwierigen achtziger Jahren (ÖIAG-Krise) wieder ins Gerede gebracht werden.

Die in der Vergangenheit zeitweilig besseren deutschen Wirtschaftsdaten waren nicht kurswirksam, da es gelungen ist, die Glaubwürdigkeit der Währungsanbindung so zu verfestigen, daß die Haltbarkeit der DM-Schilling-Relation in den letzten zwei Jahrzehnten nie ernsthaft bezweifelt wurde. Und erst recht brauchte die Oesterreichische Nationalbank nie größere Interventionen zur Sicherung dieser Relation zu tätigen. Allerdings hatte es beim Zinsniveau eines „Respektabstands“ von mindestens 50 Basispunkten bedurft, ohne den es zu Kapitalabflüssen gekommen wäre. Selbst die deutliche Verschlechterung der deutschen Eckdaten seit der Wiedervereinigung hat bloß die Angleichung der österreichischen Zinsen an die deutschen erlaubt, aber keine Umkehrung des Zinsgefälles bewirkt.

Gegenüber der erworbenen Glaubwürdigkeit der Währungspolitik blieben vereinzelte negative Abweichungen gegenüber der deutschen Wirtschaftsentwicklung wenig bedeutend: Daß die Leistungsbilanz der BRD meist ein großes Aktivum aufwies, ist unmaßgeblich; es genügt, daß die Leistungsbilanz ausgeglichen ist. Auch die in Österreich höheren Budgetdefizite sind bedeutungslos, solange sie zu einem erheblichen Teil im Inland finanziert werden können. Und die in Österreich mittelfristig etwas höhere Inflationsrate auf Verbraucherebene ist nicht repräsentativ für die allein maßgeblichen **Industrie- und Außenhandelspreise**. Diese jedoch entwickeln sich seit Jahrzehnten völlig parallel zur BRD, weil Österreich in der Lage ist, den **nominell stärkeren Lohnauftrieb durch eine größere Produktivitätssteigerung mehr als auszugleichen**.

## 2 Die österreichische Sozialpartnerschaft

Der Begriff der „Sozialpartnerschaft“ mag im Zeitalter der satten Wohlstandsgesellschaft etwas antiquiert anmuten. Wenn materielle Sorgen kein Thema mehr sind, warum sollte man nicht auch diese Institution in Frage stellen können? Der Anschauungsunterricht rundherum sollte freilich eher zur Besinnung mahnen, ebenso jedoch der Umstand, daß die soziale Lage hierzulande in aller Welt als beispielhaft angesehen wird. **Der Verzicht auf bewährte Institutionen sollte aber doch wohl erst dann zur Diskussion stehen, wenn etwas Besseres in Sicht ist, das an deren Stelle treten könnte. Die Sozialpartnerschaft ist aber auch integraler Bestandteil der Hartwährungspolitik**, weil nur sie – im Gegensatz zum klassischen Verteilungskampf, der ausschließlich durch die Machtverhältnisse entschieden wird – **im Kompromißwege** befähigt ist, gefährliche Kosteninflationsschübe zu verhindern.

Eine Besonderheit unserer Sozialpartnerschaft besteht darin, daß sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer ökonomisch gut geschulte Funktionäre einsetzen, die eine gemeinsame Sprache sprechen und die bereit sind, wissenschaftlich fundierten Argumenten in einem übergeordneten

Interesse gemeinsam Rechnung zu tragen. Die insbesondere angelsächsische Gewerkschaftsmentalität, Maximalforderungen um jeden Preis durchzusetzen, ist der österreichischen Tradition fremd: Hierzulande ist, ebenso wie in der Schweiz, die **wirtschaftliche Einsicht** ausschlaggebend.

Durchbrochen wurde der Grundsatz in Österreich ungewollt ein einziges Mal, als im **Krisenjahr 1975** fatalerweise eine viel zu optimistische Wirtschaftsprognose mit daran anknüpfenden zweistelligen Lohnforderungen und einer schon lange vorher versprochenen Arbeitszeitverkürzung zusammenfielen. Der daraus zwangsläufig resultierende Lohnkostendruck war so stark, daß die industrielle Konkurrenzlage ernsthaft bedroht schien und eine Abwertung nur noch eine Frage der Zeit sein konnte. Nichts dergleichen geschah aber. Gewerkschaft und Regierung warfen das Ruder herum, ohne die Konjunktur in „klassischer Manier“ abzuwürgen. Ein Jahrzehnt nach dem „**Big Bargain**“ – einem 1967 von Prof. Horst Knapp angeregten Solidaritätspakt der Sozialpartner, der Regierung und der Notenbank mit expansiver Zielsetzung zur Abwehr einer drohenden Kosteninflation – kam es zur **zweiten Bewährungsprobe des Austro-Keynesianismus**: Im Gegensatz zur Weichwährungsstrategie in Skandinavien, im romanischen und im angelsächsischen Raum wurde in mehrjähriger Anstrengung die Kosteninflation durch Lohndisziplin und rasche Strukturfortschritte unterlaufen, sodaß die Schilling-D-Mark-Relation nie in Gefahr geriet.

Die Lohndisziplin ging sogar soweit, daß die Real-löhne (netto) fast ein ganzes Jahrzehnt – bis 1985 – praktisch unverändert blieben. Damit war der wettbewerbspolitische status quo ante von 1975 nicht nur wiederhergestellt, sondern es wurde darüber hinaus ein Lohnkostenvorteil errungen, der mittlerweile größer als je zuvor seit den fünfziger Jahren ist. Ein derartiger stabilitätswirksamer Kraftakt ohne Abwertung wäre kaum in einem anderen Land möglich gewesen. **Dieses Verdienst gebührt zur Gänze dem österreichischen System der Sozialpartnerschaft und damit der Konsenspolitik. Aufgrund einer so eindrucksvollen Erfahrung sollte diese auch künftig unverzichtbar sein.**

### 3 Der strukturelle Fortschritt

Wirtschaftliches Wachstum erfordert in der modernen Wohlstandsgesellschaft nicht nur eine bloß quantitative Steigerung der Produktion von Sachgütern, sondern zunehmend die Bereitstellung von **qualitativ höherwertigen Gütern** und Dienstleistungen mit besonders **großer Wertschöpfung** (qualitatives Wachstum). Dieser Prozeß bedingt eine nachhaltige **Verlagerung der Industriestruktur** von einfachen und technisch anspruchslosen Produkten (Grundstoffen, Massenware, Grundnahrungsmitteln usw.) zu technisch höherwertigen Gütern und Qualitätsprodukten (Investitionsgütern und Konsumgütern des gehobenen Bedarfs). Zum Maß aller Dinge wird die **Hochtechnologie** (High-Tech).

Es gehört seit Jahrzehnten zum Stehsatz jeder heimischen Strukturdebatte, daß Österreich zu den strukturell schwächeren Industrienationen zu rechnen sei und daß der strukturelle Fortschritt demjenigen des Auslands unterlegen wäre. Diese kleinmütige These wurde auch von ausländischen Beobachtern (der OECD sowie des IMF) übernommen. Sie ließ sich aber mit unseren tatsächlichen Wirtschafts- und Exporterfolgen nie vereinbaren. **Es entstand ein Argumentationsnotstand hinsichtlich der wachsenden Diskrepanz zwischen These und Realität.**

Die Wirklichkeit war indessen eine ganz andere: Gemessen an der **Exportstruktur** vollzog sich der Strukturwandel zugunsten höherwertigerer Produkte in Österreich 1970 rascher und intensiver als in den übrigen entwickelten Industrienationen der OECD, auf Pro-Kopf-Basis sogar unter Einschluß Japans; dazu kommt, daß sich die österreichische Strukturpolitik zuletzt sogar noch beschleunigt hat.

Im eigentlichen **Industrieexport** (SITC 5–9 = Chemie, bearbeitete Waren, Maschinen und Verkehrsmittel, sonstige Fertigwaren) je Einwohner hat Österreich, parallel zur überdurchschnittlichen Zunahme der Wirtschaftsleistung, ebenfalls die Position deutlich verbessert; im qualitativ anspruchsvolleren Vergleich des spezifischen

**Technologieexports** (SITC 7 = Maschinen und Verkehrsmittel) tritt der Strukturfortschritt Österreichs besonders klar zutage.

Obwohl Österreich mangels einer hochdotierten militärischen Forschung für die **Spitzentechnologie im engsten Sinne** nicht prädestiniert ist, sind die Exporterfolge auch in diesem Segment mit jenem der umfassenderen Kategorie SITC 7 durchaus vergleichbar. Im übrigen wird wahrscheinlich der Einfluß der Spitzentechnologie auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum überschätzt. Vor allem die Wehrtechnik scheint die Dynamik eher zu bremsen als zu stimulieren: Es kann doch nicht bloß Zufall sein, daß Nationen mit geringem Militärpotential eine deutlich kräftigere wirtschaftliche Dynamik entwickeln als Nationen mit besonders hohem Militäraufwand.

Weiters besteht die Gefahr, daß wegen einer zu einseitigen Konzentration auf die Spitzentechnologie die **konventionelle Technologie** auf der zweiten oder dritten Ebene vernachlässigt wird, und per saldo die gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eher sinkt; das markanteste Beispiel ist die ehemalige Sowjetunion. Selbst eindrucksvolle Erfolge der Spitzentechnologie in den USA, in Großbritannien oder in Frankreich, aber auch in der Schweiz, in Schweden und in Finnland, zeigten keinerlei Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität und sind nicht in der Lage, den schleichenden Verlust an industrieller Wettbewerbsfähigkeit hintanzuhalten. **Österreich ist auch diesbezüglich ein Modellfall für den gesunden Mittelweg.**

Schließlich sei noch auf den Strukturfortschritt im Reiseverkehr hingewiesen, der in der Favorisierung des **Qualitätstourismus** besteht. Die Zeiten des Billigtourismus der frühen siebziger Jahre sind in Österreich endgültig vorbei. Nicht mehr möglichst viele Nächtigungen, sondern hohe Einnahmen pro Gast garantieren den Strukturserfolg durch stetige qualitative Verbesserung des Angebots. Dazu kommt als natürlicher Wettbewerbsvorteil die steigende Vorliebe für den an sich lukrativeren Wintertourismus.

#### 4 Immaterielle Wettbewerbsvorteile Österreichs

Noch so gute Rahmenbedingungen, wie stabiles Geld, gute Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie optimale Strukturen, würden für einen internationalen Durchbruch nicht ausreichen, wenn die **menschlichen Voraussetzungen** für deren Umsetzung nicht gegeben wären. Schon in der Monarchie und in der Ersten Republik galten österreichische Ingenieure, Architekten, Facharbeiter, Handwerker und Wissenschaftler als besonders gut ausgebildet, verlässlich, geschickt, ausdauernd und eher der Qualität als der Quantität verpflichtet. Viele waren allerdings in der verarmten Ersten Republik zur Auswanderung gezwungen gewesen, und fast ebenso viele verstärken auch heute noch als gesuchte Fachkräfte und Konzernmanager das deutsche und das schweizerische Wirtschaftspotential. Andererseits gelang es nach Kriegsende, mehrere hunderttausend meist deutschstämmige, besonders tüchtige Unternehmer und hochqualifizierte Arbeitskräfte zu integrieren, die ebenso wie in der BRD nicht wenig zum „Wirtschaftswunder“ beitrugen.

Vielleicht besteht das Erfolgsgeheimnis des österreichischen Menschen in einer gelungenen Kombination von deutscher Gründlichkeit mit französischer Lebensfreude (savoir vivre). Dazu kommen die menschliche Konzilianz und die Bereitschaft zum Kompromiß in Streitfragen. **Das Endergebnis heißt jedenfalls Produktivität plus hohe Lebensqualität.** Selbst die schwierigsten Probleme erledigen sich hierzulande auf geheimnisvolle Weise, zwar nicht sofort, aber später ...

Natürlich muß man auch Glück haben; die Spekulation mit der **permanenten Unterdotierung der Landesverteidigung**, die ein Schweizer oder ein Schwede als puren Leichtsinn werten könnte, die uns jedoch zusätzliche Wachstumspromille gebracht hat, war, rückblickend betrachtet, ein Glückstreffer. Die wunderbare **Landschaft** ist ein weiteres Positivum. Ihre Erhaltung sollte **höchste Priorität** genießen, und zwar schon deshalb, weil die ökologisch vernachlässigten Strände und sonstigen Tourismusregionen unserer Hauptkonkurrenten noch auf Jahre hinaus die Aussicht auf eine

Verlagerung der internationalen Reisesströme eröffnen.

Der vielleicht **alles entscheidende Wettbewerbsvorteil** mag jedoch das seit Generationen tradierte **Konsum- und Sparverhalten** der österreichischen Bevölkerung sein: Der typische Österreicher ist seiner Mentalität gemäß eher bescheiden und schätzt es nicht, über seine Verhältnisse zu leben. Daraus ergibt sich, bei gleichzeitig hoher Produktivität, zwangsläufig eine **hohe Sparneigung**, die ausreichenden Spielraum schafft für eine der **höchsten Investitionsquoten der westlichen Welt**. Damit ist nicht nur ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum sozusagen vorprogrammiert, als Nebeneffekt ergibt sich auch die im Vergleich zum konsumfreudigeren Ausland wesentlich größere Möglichkeit, **öffentliche Gebarungsabgänge aus dem inländischen Geldvermögen zu finanzieren** und so den sensibleren **Auslandskredit** weit weniger in Anspruch nehmen zu müssen. Zuletzt hat das Sparverhalten der Bevölkerung in zweifacher Hinsicht an Qualität gewonnen: Erstens hat es während der wirtschaftlichen Schwächeperiode Mitte der 90er Jahre perfekt antizyklisch reagiert und damit den Nachfrageausfall gedämpft, und zweitens hat sich – parallel zum geringen Finanzierungserfordernis der öffentlichen Hand – eine Verschiebung vom traditionellen Spar- zum Anlegerverhalten ergeben, womit über eine höhere Verfügbarkeit von Risikokapital künftige Strukturveränderungen leichter finanziert werden können.

✱

Im Abschnitt II seien die statistischen Vergleiche dargestellt, aus denen die vorstehenden Aussagen abgeleitet worden sind.

## II Ergebnisse des statistischen Vergleichs Österreich – OECD

### 1 Reales Wirtschaftswachstum je Einwohner

Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, real zu Kaufkraftparitäten (KKP) von 1990, siehe **Tabelle 1** und **Grafik 1**.

In den allgemeinen Wirtschaftsvergleich einbezogen wurden von allen 25 OECD-Nationen die 20 höchstentwickelten. Nicht berücksichtigt wurden lediglich die industriell schwach entwickelten Ländern wie Griechenland, die Türkei und Mexiko sowie die (nicht sinnvoll vergleichbaren) Kleinstaaten Island und Luxemburg. **In dieser Abgrenzung erweist sich Österreich im langfristigen Wettbewerb der stärksten Industrienationen der westlichen Welt im letzten halben Jahrhundert (1950/97) erfolgreicher als alle vergleichbaren Länder mit Ausnahme Japans und Portugals;** letzteres liegt aber hinsichtlich der Wirtschaftsleistung substantiell hinter Österreich, sodaß die Zuzählung zum Kurs der „stärksten Industrienationen“ nicht unproblematisch ist.

Das reale österreichische Pro-Kopf-Einkommen ist seit 1950 (bis 1997) auf das 5,1fache (3,5% p. a.) gewachsen. Seit 1970 hat die Dynamik aufgrund des zu diesem Zeitpunkt bereits erreichten Niveaus zwangsläufig nachgelassen (auf 2,4% p. a.), sie war aber auch im Zeitraum 1970/97 hierzulande noch immer deutlich kräftiger als in 15 von 19 Konkurrenzländern. Außer Japan und Portugal haben seit 1970 nur noch Norwegen und Irland besser abgeschnitten. Sogar in den turbulenten 90er Jahren blieb Österreich mit 2,0% p. a. (1990/97) sowohl im EU-Raum als auch im OECD-Raum auf Überholkurs. Vor allem gegenüber unserem traditionellen Hauptkonkurrenten Deutschland (1950/70: -0,3%, (1970/97: +0,3%) und Italien (-0,1%, bzw. +0,5%) hat sich Österreich seit 1970 viel besser durchgesetzt als vorher. Der historische Wachstumsrückstand gegenüber Japan hat sich nicht nur dramatisch reduziert, und zwar von -3,2% p. a. (1950/70) auf -0,5% (1970/90), er hat seit 1990 sogar das Vorzeichen gewechselt (1990/97: +0,5%). Davongezogen sind zuletzt nur Norwegen (dank des Ölreichtums) und Irland (aufgrund hoher

Investitionsvolumina internationaler Konzerne und hoher Nettotransfers der EU). **Österreich belegt somit hinsichtlich des realen Pro-Kopf-Wachstums im Zeitraum 1950/97 den 3. Rang (hinter Japan und Portugal) und im jüngeren Zeitraum (1970/97) Rang 5 (hinter Irland, Norwegen, Portugal und Japan).** Der EU-Raum insgesamt sowie der OECD-Raum insgesamt bleiben sowohl lang- als auch mittel- und kurzfristig signifikant hinter Österreich zurück.

**Im absoluten Niveauvergleich (zu KKP von 1990) hat Österreich sowohl seit 1950 als auch seit 1970 entscheidend aufgeholt.** Gemessen am OECD-Durchschnitt wurde ein ursprünglicher Rückstand von einem Drittel schon bis 1970 auf ein Zehntel reduziert und bis 1997 in einen Vorsprung von gleichfalls einem Zehntel verwandelt: Die Wirtschaftsleistung Österreichs erreichte pro Kopf 1950 erst 67%, 1970 bereits 90% und 1990 109% des OECD-Standards. Noch besser schnitt freilich Japan ab, das 1950 als Schlußlicht lediglich 33%, 1970 hingegen schon 86% und 1997 bereits 112% des OECD-Niveaus erreichte, allerdings mit enttäuschend gedrosselter Dynamik seit 1990. Der Höhenflug Japans dürfte nachhaltig gebremst sein.

Weitere „Aufsteiger“ waren Deutschland (von 1950: 66% auf 1997: 106%), Italien (von 66% auf 95%) und Irland (von 62% auf 94%) sowie Finnland, Norwegen, Portugal und Spanien. Leicht überdurchschnittlich wuchsen Belgien und Frankreich und ziemlich genau im Durchschnitt liegen Dänemark und Holland, wogegen alle alten angelsächsischen Industriepioniere relativ stark an Boden verloren (Großbritannien, USA, Kanada, Australien und Neuseeland); gleiches gilt auch für die von beiden Weltkriegen verschonten Staaten Schweiz und Schweden. Der gesamte EU-15-Raum hat innerhalb der OECD kontinuierlich von 80% (1950) über 91% (1970) auf 96% (1997) zugelegt.

**Österreichs Pro-Kopf-Einkommen wuchs seit 1950 real jährlich um 0,6% und seit 1970 um 0,5% rascher als jenes aller 15 EU-Länder insgesamt und übertrifft den EU-Standard derzeit**

## Wirtschaftsleistung (BIP)

BIP je Einwohner, real zu Kaufkraftparitäten von 1990  
OECD = 100

Tabelle 1

	1900	1938	1950	1960	1970	1980	1990	1997 <sup>1)</sup>
1. USA . . . . .	155	152	196	167	148	141	138	138
2. Norwegen . . . . .	61	90	95	92	88	107	109	122
3. Schweiz . . . . .	139	168	162	166	155	138	132	119
4. Japan . . . . .	43	65	33	51	86	95	110	112
5. Dänemark . . . . .	102	117	113	106	105	101	102	110
<b>6. Österreich . . . . .</b>	<b>95</b>	<b>78</b>	<b>67</b>	<b>87</b>	<b>90</b>	<b>102</b>	<b>104</b>	<b>109</b>
7. Belgien . . . . .	121	103	98	92	96	104	103	108
8. Kanada . . . . .	101	92	126	112	107	116	113	106
9. Deutschland <sup>2)</sup> . . . . .	99	104	66	94	94	98	99	106
10. Niederlande . . . . .	111	100	102	104	103	101	99	101
11. Frankreich . . . . .	98	93	94	100	106	110	107	100
12. Australien . . . . .	148	120	125	111	104	101	99	100
13. Schweden . . . . .	67	107	118	113	114	107	105	96
14. Italien . . . . .	70	75	66	80	90	98	101	95
15. Großbritannien . . . . .	148	126	120	113	97	93	98	95
16. Irland . . . . .	..	65	62	56	55	61	71	94
17. Finnland . . . . .	58	79	74	81	85	93	100	94
18. Neuseeland . . . . .	190	128	142	123	101	90	83	84
19. Spanien . . . . .	65	54 <sup>3)</sup>	46	52	66	68	73	75
20. Portugal . . . . .	44	36	36	37	47	53	58	67
OECD . . . . .	100	100	100	100	100	100	100	100
EU-15 . . . . .	96	93	80	89	91	94	96	96

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. – <sup>2)</sup> Gesamtdeutschland. – <sup>3)</sup> 1935.

Quelle: 1960–1997: OECD; 1900–1950: Kausel: „150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt“, Wien 1985.

## Wirtschaftsleistung (BIP)

BIP je Einwohner, real zu Kaufkraftparitäten von 1990  
Österreich = 100

Tabelle 1a

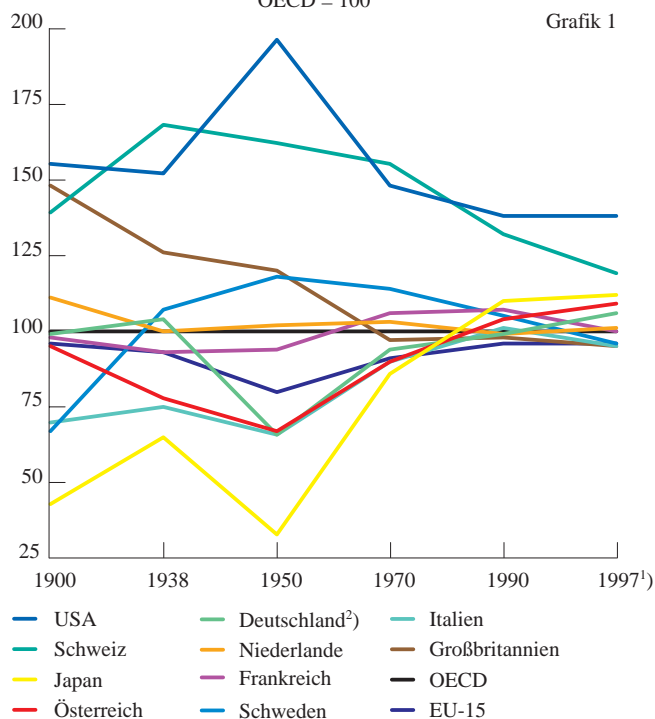
	1900	1938	1950	1960	1970	1980	1990	1997 <sup>1)</sup>	Österreichischer Wachstumsvorsprung in % p. a.			
									1950–70	1970–90	1990–97	1950–97
1. USA . . . . .	163	197	291	192	164	138	133	127	2·9	1·1	0·6	1·8
2. Norwegen . . . . .	64	116	141	106	99	105	105	113	1·8	–0·3	–1·0	0·5
3. Schweiz . . . . .	147	216	242	190	172	135	127	109	1·7	1·5	2·2	1·7
4. Japan . . . . .	45	84	50	59	96	94	107	103	–3·2	–0·5	0·5	–1·5
5. Dänemark . . . . .	108	152	168	122	117	100	99	101	1·8	0·9	–0·3	1·1
<b>6. Österreich . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
7. Belgien . . . . .	128	133	146	105	107	103	100	100	1·5	0·4	0·0	0·8
8. Kanada . . . . .	107	119	187	128	119	114	109	98	2·3	0·4	1·6	1·4
9. Deutschland <sup>2)</sup> . . . . .	104	135	98	108	104	96	96	98	–0·3	0·5	–0·3	0·0
10. Niederlande . . . . .	117	129	152	119	115	100	95	93	1·4	1·0	0·3	1·0
11. Frankreich . . . . .	103	121	140	114	118	108	104	92	0·8	0·7	1·7	0·9
12. Australien . . . . .	157	155	186	127	116	99	95	92	2·4	1·0	0·5	1·5
13. Schweden . . . . .	71	138	176	130	127	105	102	88	1·7	1·1	2·0	1·5
14. Großbritannien . . . . .	156	162	179	129	108	92	95	88	2·6	0·7	1·1	1·5
15. Italien . . . . .	74	97	99	92	100	96	97	87	–0·1	0·2	1·5	0·3
16. Irland . . . . .	..	84	92	64	62	60	68	87	2·0	–0·5	–3·5	0·1
17. Finnland . . . . .	61	102	111	93	95	91	97	86	0·8	–0·1	1·7	0·5
18. Neuseeland . . . . .	200	165	210	141	112	88	80	78	3·2	1·7	0·4	2·1
19. Spanien . . . . .	69	69 <sup>3)</sup>	69	60	74	67	71	69	–0·3	0·2	0·3	0·0
20. Portugal . . . . .	46	46	53	42	52	52	56	62	0·1	–0·4	–1·4	–0·3
OECD . . . . .	105	129	148	114	111	98	96	92	1·5	0·7	0·6	1·0
EU-15 . . . . .	101	120	118	102	101	92	92	89	0·8	0·5	0·6	0·6

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. – <sup>2)</sup> Gesamtdeutschland. – <sup>3)</sup> 1935.

Quelle: 1960–1997: OECD; 1900–1950: Kausel: „150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt“, Wien 1985.

## Wirtschaftsleistung (BIP pro Kopf)

BIP real je Einwohner, zu Kaufkraftparitäten 1990  
OECD = 100



<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. – <sup>2)</sup> Gesamtdeutschland.

um 12%. 1950 lag es noch um 15% und 1970 um 2% darunter. Im Vergleich zum gesamten OECD-Standard wuchs es seit 1950 jährlich um einen vollen Prozentpunkt und seit 1970 noch immer um 0,7% rascher. Österreich hat die Wachstumsverlangsamung der ersten Hälfte der 90er Jahre, ausgelöst durch Währungsverschiebungen (1992 und 1995) und das Konjunkturtief im Jahr 1993, bereits kompensiert, und ist seit 1997 wieder auf die langfristig beobachtbare „Überholspur“ zurückgekehrt. **Der Wachstumsvorsprung auf Pro-Kopf-Basis war in den bisherigen 90er Jahren (1990/97) zur EU (+0,5% p. a.) sowie zur OECD (+0,7%) wieder nahezu identisch mit jenem in den 70er und 80er Jahren.**

Dank diesem Aufholprozeß hat Österreich seine Position in der Hierarchie der Industriestaaten sprunghaft verbessert. Waren von 1950 bis 1970 nur zwei Länder überholt worden, so gelang seither ein beachtlicher Sprung von Rang 13 (1970) auf Rang 6 (1997) und damit in die Spitzengruppe. Seit 1970 wurden 9 Länder ökonomisch überflügelt, darunter alle renommierten Industriepioniere des vorigen Jahrhunderts (Großbritannien, Frankreich,

Deutschland, Holland und Belgien) sowie die einst superreichen Überseemationen (Kanada, Australien und Neuseeland) und nicht zuletzt auch die lang beneidete Hochtechnologienation Schweden. Der seinerzeit noch gewaltige Vorsprung der USA und der Schweiz ist inzwischen stark zusammengeschnitten. Seinerseits wurde Österreich vom Aufsteiger Japan übertroffen, doch scheint hier mittlerweile eine Umkehrung wieder möglich. Norwegen konnte dank des Ölreichtums seit 1970 einen Teil des 1950/70 verlorenen Vorsprungs wieder herstellen. Besser als Österreich liegen heute die USA (+27%), Norwegen (+13%), die Schweiz (+9%), Japan (+3%) und Dänemark (+1%), davon die letzteren vier nicht zufolge einer höheren Produktivität, sondern ausschließlich durch extensiv größeren Arbeitseinsatz (höhere Erwerbsquoten und längere Arbeitszeiten).

## 2 Gesamtwirtschaftliche Produktivität

BIP je Erwerbstätigen, real zu Kaufkraftparitäten von 1990, siehe **Tabelle 2** und **Grafik 2**.

Bezieht man das geschaffene **Produktionsvolumen** (BIP) nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die **tatsächlich erwerbstätigen Personen**, dann verschieben sich die Relationen zugunsten von Ländern mit niedriger offizieller Erwerbsquote, in denen die „graue Wirtschaft“ eine überdurchschnittliche Rolle spielt (Italien, Belgien, Frankreich, Irland, Spanien etc.). Und es verschlechterten sich die Positionen von Ländern mit hoher Erwerbsbeteiligung (Norwegen, Schweden, Schweiz, Dänemark und Japan). Österreich liegt mit seiner Erwerbsquote im Mittelfeld, desgleichen mit der geleisteten Arbeitszeit, und ist im Produktivitätsniveau je Erwerbsperson im letzten halben Jahrhundert von Rang 16 (1950) und Rang 13 (1970) sprunghaft auf Rang 7 (1990) und zuletzt (1997) sogar auf Rang 4 vorgerückt. Damit übertrifft langfristig der Produktivitätsfortschritt das Pro-Kopf-Wachstum nicht unerheblich.

Im Vergleich zum OECD-Durchschnitt stieg die gesamtwirtschaftliche Produktivität seit 1950 in Österreich um 0,3% p. a., seit 1970 um 0,1% und

## Produktivität

BIP je Erwerbsperson, real zu Kaufkraftparitäten von 1990  
OECD = 100

Tabelle 2

	1938	1950	1960	1970	1980	1990	1997 <sup>1)</sup>
1. USA . . . . .	178	205	186	154	133	124	122
2. Italien . . . . .	75	70	79	99	109	117	117
3. Belgien . . . . .	108	103	101	102	112	116	116
<b>4. Österreich . . . . .</b>	<b>72</b>	<b>62</b>	<b>80</b>	<b>90</b>	<b>98</b>	<b>104</b>	<b>113</b>
5. Frankreich . . . . .	86	85	97	102	114	116	113
6. Deutschland <sup>2)</sup> . . . . .	87	62	84	86	91	95	111
7. Irland . . . . .	65	62	63	65	75	93	108
8. Norwegen . . . . .	86	90	97	92	96	98	107
9. Spanien . . . . .	58 <sup>3)</sup>	50	57	73	92	98	101
10. Kanada . . . . .	102	143	135	117	111	108	100
11. Schweiz . . . . .	148	142	139	128	121	106	99
12. Niederlande . . . . .	100	101	101	100	103	100	96
13. Finnland . . . . .	63	60	67	72	79	87	95
14. Schweden . . . . .	89	99	97	96	88	86	94
15. Japan . . . . .	60	32	45	72	82	94	94
16. Australien . . . . .	137	126	120	99	99	92	94
17. Dänemark . . . . .	106	101	95	90	87	89	94
18. Großbritannien . . . . .	119	112	102	90	87	90	91
19. Neuseeland . . . . .	146	160	141	108	92	79	78
20. Portugal . . . . .	40	40	41	48	55	56	63
OECD . . . . .	100	100	100	100	100	100	100
EU-15 . . . . .	87	77	85	90	96	100	105

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. – <sup>2)</sup> Gesamtdeutschland. – <sup>3)</sup> 1935.

Quelle: 1960–1997: OECD; 1938–1950: Kausel: „150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt“, Wien 1985.

## Produktivität

BIP je Einwohner, real zu Kaufkraftparitäten von 1990  
Österreich = 100

Tabelle 2a

	1938	1950	1960	1970	1980	1990	1997 <sup>1)</sup>	Österreichischer Wachstumsvorsprung in % p. a.			
								1950–70	1970–90	1990–97	1950–97
1. USA . . . . .	247	332	234	171	135	120	109	3·4	1·8	1·4	2·4
2. Italien . . . . .	105	114	99	110	111	113	104	0·2	–0·1	1·1	0·2
3. Belgien . . . . .	150	167	127	113	114	112	103	2·0	0·0	1·3	1·0
<b>4. Österreich . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
5. Frankreich . . . . .	120	138	121	117	116	112	100	0·8	0·2	1·5	0·7
6. Deutschland <sup>2)</sup> . . . . .	121	101	105	96	93	92	99	0·3	0·2	–1·0	0·1
7. Irland . . . . .	90	101	79	72	77	90	96	1·7	–1·1	–0·9	0·1
8. Norwegen . . . . .	120	146	122	102	98	94	94	1·8	0·4	0·0	0·9
9. Spanien . . . . .	81 <sup>3)</sup>	81	72	81	93	94	90	0·0	–0·7	0·7	–0·2
10. Kanada . . . . .	142	232	170	130	113	104	89	2·9	1·1	2·3	2·0
11. Schweiz . . . . .	206	230	175	142	123	103	88	2·4	1·6	2·3	2·1
12. Niederlande . . . . .	139	164	127	112	105	97	85	1·9	0·7	1·8	1·4
13. Finnland . . . . .	88	98	84	80	80	84	85	1·0	–0·3	–0·1	0·3
14. Schweden . . . . .	124	162	123	107	90	83	84	2·1	1·3	0·0	1·4
15. Japan . . . . .	84	53	57	80	84	91	83	–2·1	–0·6	1·2	–1·0
16. Australien . . . . .	191	205	151	110	101	89	83	3·1	1·1	0·8	1·9
17. Dänemark . . . . .	148	164	119	101	89	86	83	2·5	0·8	0·2	1·2
18. Großbritannien . . . . .	166	182	128	99	88	87	81	3·1	0·6	1·1	1·7
19. Neuseeland . . . . .	203	261	177	120	94	76	70	4·0	2·3	1·3	2·8
20. Portugal . . . . .	56	65	51	53	56	53	56	1·0	0·0	–0·3	0·4
OECD . . . . .	139	162	125	111	102	96	89	1·9	0·7	1·2	1·3
EU-15 . . . . .	121	126	106	100	98	96	93	1·2	0·2	0·4	0·6

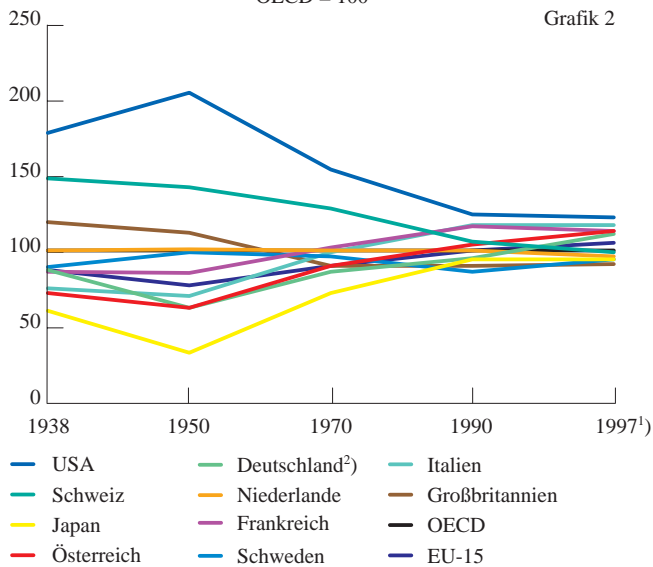
<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. – <sup>2)</sup> Gesamtdeutschland. – <sup>3)</sup> 1935.

Quelle: 1960–1997: OECD; 1938–1950: Kausel: „150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt“, Wien 1985.

## Produktivität – Gesamtwirtschaft

BIP real je Erwerbsperson, zu Kaufkraftparitäten 1990  
OECD = 100

Grafik 2



<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. – <sup>2)</sup> Gesamtdeutschland.

seit 1990 um 0,5% rascher als das reale Pro-Kopf-Einkommen. Das bedeutet, daß **Österreich seinen strukturellen Produktivitätsfortschritt nicht zur Gänze zur Hebung seines materiellen Wohlstandsniveaus ausgeschöpft hat, sondern dafür mehr Freiheit genießt, in Form von kürzerer Lebensarbeitszeit, längerem Urlaub und weniger Arbeitsstunden pro Woche.** Ob ein höherer Wohlstand auf Kosten der Lebensqualität Vorrang genießen soll oder nicht, ist eine Frage der Lebensphilosophie; offenbar haben sich Amerikaner, Japaner und Schweizer für höhere Einkommen durch mehr Arbeit und weniger Freizeit entschieden.

Österreicher, Deutsche und die meisten anderen Europäer geben hingegen einer höheren Lebensqualität den Vorzug. Die alte Redensart von den „arbeitswütigen“ Japanern und Schweizern und den eher „gemütlichen und sorglosen“ Östreichern sollte in diesem Sinne neu überdacht werden ...

**Im internationalen Produktivitätsvergleich, der freilich wegen unterschiedlicher gesetzlicher Arbeitszeiten und schwankender Teilzeitbeschäftigung relativiert werden muß, schneidet Österreich besonders gut ab.** Nur 3 Länder erreichten 1997 ein geringfügig höheres Produk-

tivitätsniveau (USA, Italien, Belgien) 1950 waren es noch 15 und selbst 1990 noch immer 6. Dem US-Niveau hat sich Österreich von 30% (1950) und 58% (1970) bis auf 92% (1997) angenähert. Das OECD-Niveau (62%, 90%, 113%) wurde ebenso wie das EU-Niveau (80%, 100%, 108%) signifikant übertroffen. Die einstigen Vorbilder Schweiz (43%, 70%, 114%) und Schweden (62%, 93%, 119%) wurden ebenso glatt überholt wie die angelsächsischen Länder Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland.

### 3 Historischer Rückblick bis zur Jahrhundertwende

Versucht man die verfügbaren wirtschaftsstatistischen Daten bis zum **Jahr 1900 zurückzuverfolgen** und sich dabei nur auf die Eckjahre 1900 und 1938 zu beschränken, dann liegt fast ein ganzes Jahrhundert Wirtschaftsgeschichte zahlenmäßig aufbereitet vor. **Die beiden Weltkriege haben Österreich unter allen westlichen Industrienationen am schwersten zurückgeworfen.** Lediglich Deutschland und Japan hatten bis 1950 einen ähnlich katastrophalen Aderlaß zu verkraften. In Relation zur heutigen OECD war das Gebiet der (späteren) Republik Österreich bereits zur Jahrhundertwende erstaunlich gut entwickelt. Es lag unter den 20 Vergleichsländern im realen Pro-Kopf-Einkommen zwar erst an 12. Stelle, aber mit 95% des OECD-Niveaus nur hauchdünn hinter den damaligen Industriegiganten Deutschland (99%) und Frankreich (98%) zurück, gleichzeitig weit vor Italien (70%), Schweden (67%) und Japan (43%). Die um 1900 weltweit dominierenden Industrienationen USA (155%), Großbritannien und Australien (je 148%) und die Schweiz (139%) lagen damals noch meilenweit voran. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts haben sich die Relationen jedoch insoweit verschoben, als die alten Industrienationen des 19. Jahrhunderts, allen voran Großbritannien, aber auch Holland, Belgien und die Schweiz sowie Australien und Neuseeland, ihre historische Vormachtstellung weitgehend eingebüßt haben. Die USA, Kanada, Frankreich und Deutschland konnten sich indessen einigermaßen gut behaupten, und Japan entwickelte sich

vom Nachzügler zur industriellen Großmacht. In Europa stieß ganz Skandinavien in die Spitzen-gruppe vor.

Von 1900 bis zum Zweiten Weltkrieg (1938) ge-hörte Österreich neben Belgien und Holland zu den wenigen europäischen Ländern, die ihren relativ hohen Vorkriegsstandard nicht halten und den Rückschlag durch die Weltwirtschaftskrise bis 1938 nicht mehr aufholen konnten. **Der wirtschaftliche Rückstand Österreichs zur OECD vergrößerte sich von -5% (1900) auf -22% (1938) und erreicht um 1950 den historischen Tiefstand von -33%.** Im Vergleich zur heutigen EU fiel Öster-reich von -1% (1900) auf -16% (1938) und -15% (1950). Die Auflösung des nahezu autarken Wirt-schaftsraumes der alten Monarchie hatte für „Rest-Österreich“ fatale Folgen; das Land verlor in der ersten Hälfte des Jahrhunderts den Anschluß an die ungleich günstigere Wirtschaftsentwicklung der westlichen Welt. Bis zum Ersten Weltkrieg hielt Österreich indessen noch sehr gut Schritt und steigerte sein BIP (pro Kopf) zwischen 1900 und 1913 um 21% (1'5% p. a.), der heutige EU-15-Raum um 18% und die heutige OECD um 23%. In der Zwischenkriegszeit (1918/38) stagnierte es demgegenüber bei 124% (1900 = 100), wogegen die EU auf 147% und die OECD auf 152% davon-zogen. Bis zur Jahrhundertmitte (1950) hatte Öster-reich mit 128% (1900 = 100) den Vorkriegsstand von 1938 immerhin wieder minimal überschritten (EU: 150%, OECD: 181%), geriet international aber noch schärfer ins Hintertreffen.

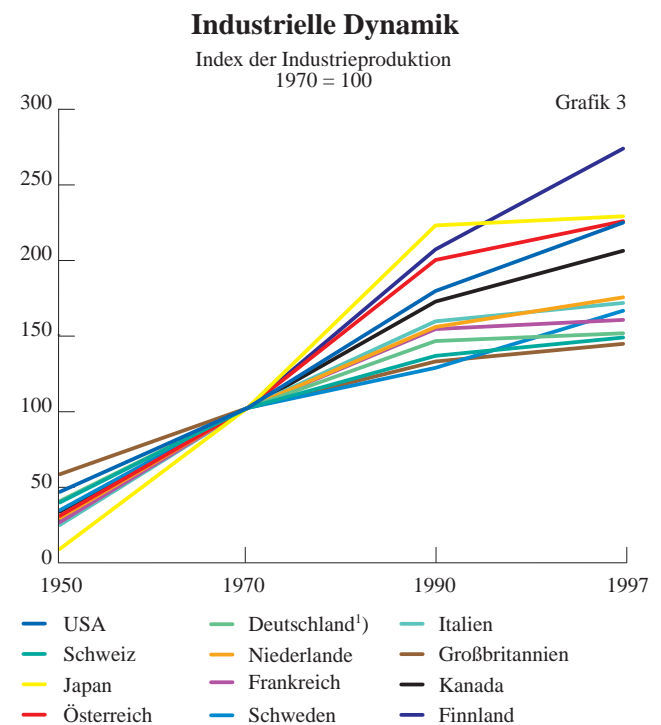
**Im Verlauf des 20. Jahrhunderts (1900/97) stieg das BIP je Einwohner in Österreich ins-gesamt auf das 6'5fache (2'0% p. a.), in der EU und in der OECD insgesamt auf das 5'7fache (1'8% p. a.).** In der ersten Hälfte dieses Jahr-hunderts lag Österreich mit seinem bescheidenen Wachstum auf das 1'3fache (0'5% p. a., EU: 0'8%, OECD: 1'2%) noch auf der „**Verliererstraße**“, wogegen es in der zweiten Hälfte (1950/97) mit einer Wachstumsexplosion auf das 5'1fache (3'5% p. a.) eindrucksvoll auf die „**Überholspur**“ gewechselt ist. Die EU und die OECD blieben demgegenüber mit ihrer Dynamik auf das 3'8fache (2'9%), bzw. auf das 3'2fache (2'5%) beträchtlich

zurück. **Österreich hat damit die ökonomische Stagnation in der ersten Hälfte des 20. Jahr-hunderts nicht nur restlos überwunden, sondern in der zweiten Hälfte weit darüber hinausgehend eine wirtschaftliche Spitzenposition errungen, die vordem schlicht unvorstellbar war.**

#### 4 Industrielle Dynamik

Das Wirtschaftswachstum der Nationen hängt primär von deren **industrieller Dynamik** ab. Der enge Zusammenhang ergibt sich daraus, daß der Produktivitätsfortschritt vornehmlich in der Sach-güterproduktion und nur stark abgeschwächt in den Dienstleistungsbereichen erzielt wird. Die Rang-ordnung der Nationen betreffend BIP-Wachstum beziehungsweise industrieller Dynamik ist daher weitgehend identisch. Nur in Irland, Norwegen, Finnland, Kanada und USA wächst die Industrie überproportional zum Sozialprodukt, in Belgien bleibt sie indessen stark zurück (Schrumpfung der wallonischen Schwerindustrie).

**Das Produktionsvolumen der österreichischen Industrie stieg seit 1950 auf das 8'1fache (4'6% p. a.) und seit 1970 auf das 2'25fache**



## Industrielle Dynamik

Index der Industrieproduktion  
1970 = 100

Tabelle 3

	1950	1970	1990	1997	Österreichischer Wachstumsvorsprung in % p. a.			
					1950-70	1970-90	1990-97	1950-97
1. Japan . . . . .	6	100	222	228	-7.4	-0.7	1.8	-3.3
2. Irland . . . . .	37	100	282	559	1.5	-1.9	-7.8	-1.3
3. Norwegen . . . . .	36	100	292	406	1.4	-2.1	-2.5	-0.7
4. Finnland . . . . .	26	100	206	273	-0.3	-0.4	-1.7	-0.5
5. Spanien . . . . .	20	100	190	208	-1.5	0.1	0.9	-0.5
<b>6. Österreich . . . . .</b>	<b>28</b>	<b>100</b>	<b>199</b>	<b>225</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
7. Italien . . . . .	22	100	158	170	-1.2	1.0	1.1	0.1
8. Kanada . . . . .	31	100	171	205	0.6	0.6	-0.4	0.4
9. Niederlande . . . . .	27	100	154	174	-0.2	1.1	0.4	0.5
10. Deutschland <sup>1)</sup> . . . . .	24	100	145	150	-0.8	1.4	1.7	0.5
11. Dänemark . . . . .	37	100	165	198	1.4	0.8	0.4	0.9
12. USA . . . . .	44	100	178	224	2.3	0.4	-1.1	1.0
13. Frankreich . . . . .	32	100	153	159	0.7	1.1	1.7	1.0
14. Australien . . . . .	..	100	153	171	..	1.2	0.6	..
15. Schweden . . . . .	38	100	127	165	1.5	2.1	-1.2	1.3
16. Schweiz . . . . .	37	100	135	147	1.4	1.8	0.9	1.5
17. Belgien . . . . .	44	100	154	163	2.4	1.1	1.4	1.7
18. Großbritannien . . . . .	56	100	131	143	3.6	2.0	0.9	2.5
OECD . . . . .	33	100	176	201	0.9	0.5	0.3	0.6
EU-15 . . . . .	31	100	151	163	0.6	1.2	1.1	1.0

<sup>1)</sup> 1950-1990: BRD-West.

Quelle: OECD.

**(3.0% p. a.).** Die deutsche Industrie blieb demgegenüber mit dem 6.3fachen (4.0%) bzw. dem 1.5fachen (1.5%) seit 1970 klar zurück. Die gesamte OECD erreichte das 6fache (3.9% p.a.) bzw. das 2.0fache (2.6%) seit 1970. Die Industrie der EU expandierte seit 1950 auf das 5.2fache (3.6%) und seit 1970 auf das 1.6fache (1.8%). **Der absolute Spitzenreiter der industriellen Revolution, Japan, wuchs – allerdings von einem extrem niedrigen Nachkriegsniveau ausgehend – seit 1950 auf das 38fache (8.0% p. a.);** seit 1970 aber mit dem 2.3fachen nicht mehr stärker als Österreich und seit 1990 überhaupt nicht mehr. Nicht so die jungen Aufsteiger Irland (seit 1970: 6.6% p. a.) und Norwegen (seit 1970: 5.3% p. a.), die vom Nordseeöl (Norwegen) bzw. der Gründung von Zweigniederlassungen internationaler Unternehmen (Irland) profitieren. **Bemerkenswert ist die starke Performance der US-Industrie,** die vor allem seit 1970 allen alten Industrieländern wie Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Belgien, Schweiz und Schweden den Rang ablauft. Die Produktionssteigerung auf das 2.2fache seit 1970 (3.0% p. a.) stellt alle anderen Länder bis auf fünf

(Irland, Norwegen, Finnland, Japan und Österreich) in den Schatten. Der Umstieg von konventioneller auf Hochtechnologie scheint in den USA vorbildlich gelungen.

### 5 Industrielle Wettbewerbsfähigkeit

Indikatoren wie Forschungsquoten, Staatsquoten, Beamtendichte, Steuersysteme, Regulierungen usw. besitzen erfahrungsgemäß nur eine eingeschränkte Aussagekraft für die reale Wettbewerbsstärke eines Landes; diese kann sinnvoll nur **an tatsächlich realisierten Ergebnissen** gemessen werden. Als solche bieten sich für den internationalen Vergleich vor allem die Exportperformance für Industriegüter und die Lohnstückkosten in einheitlicher Währung an.

#### a) Industrielle Lohnstückkosten

Gemessen in einheitlicher Währung haben sich die **Lohnstückkosten der österreichischen Industrie sowohl lang- als auch mittel- und kurzfristig**

## Industrielle Lohnstückkosten

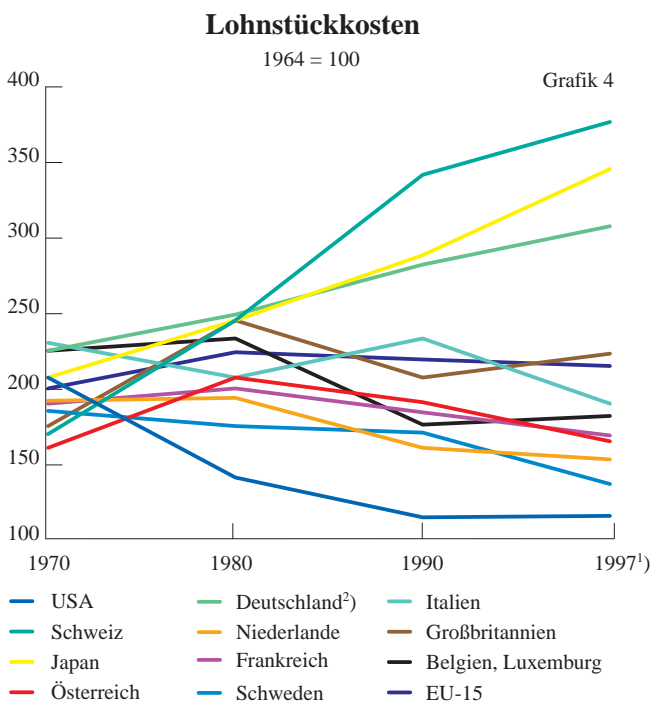
Entwicklung in einheitlicher Währung  
1991 = 100

Tabelle 4

	1964	1970	1980	1990	1997 <sup>1)</sup>	Österreichischer Kostenvorteil (+) in % p. a.			
						1964-70	1970-90	1990-97	1964-97
1. USA . . . . .	85	182	120	102	103	5'0	-3'7	2'2	-0'9
2. Schweden . . . . .	56	102	99	96	77	2'3	-1'2	-1'0	-0'5
3. Niederlande . . . . .	63	119	122	102	97	2'8	-1'6	1'4	-0'2
<b>4. Österreich . . . . .</b>	<b>54</b>	<b>86</b>	<b>111</b>	<b>102</b>	<b>89</b>	<b>0'0</b>	<b>0'0</b>	<b>0'0</b>	<b>0'0</b>
5. Frankreich . . . . .	55	102	109	101	93	2'5	-0'9	0'8	0'1
6. Belgien, Luxemburg . . . . .	57	128	132	101	104	5'9	-2'0	2'4	0'3
7. Italien . . . . .	42	95	86	98	80	6'0	-0'7	-0'9	0'5
8. Kanada . . . . .	..	96	82	97	81	..	-0'8	-0'6	..
9. Finnland . . . . .	..	82	90	104	72	..	0'3	-3'2	..
10. Dänemark . . . . .	..	90	86	105	102	..	-0'1	1'5	..
11. Norwegen . . . . .	..	77	92	100	107	..	0'5	2'9	..
12. Großbritannien . . . . .	47	82	114	98	106	1'7	0'0	3'1	1'0
13. Deutschland <sup>2)</sup> . . . . .	36	78	89	103	112	5'6	0'5	3'2	2'0
14. Japan . . . . .	30	64	73	94	114	4'8	1'1	4'8	2'5
15. Schweiz . . . . .	29	49	71	99	109	1'1	2'7	3'4	2'5
OECD . . . . .	59	108	102	99	104	2'1	-1'3	2'7	0'2
EU-15 . . . . .	44	88	99	100	98	3'5	-0'3	1'7	0'8

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. – <sup>2)</sup> 1964–1980: BRD-West.

Quelle: „OECD Economic Outlook“, 1964–1970: WIFO, Wien.



**außerordentlich günstig entwickelt.** Der Produktivitätserfolg hat in aller Regel nicht nur den Lohnauftrieb, sondern auch den permanenten Aufwertungsdruck auf die österreichische Währung übertroffen. Im Zeitraum seit Mitte der 60er Jahre

(1964/97) haben nur drei Länder eine noch günstigere Lohnkostenentwicklung als Österreich genommen; davon zwei, USA und Schweden, durch eine überzogene Abwertung ihrer Währungen.

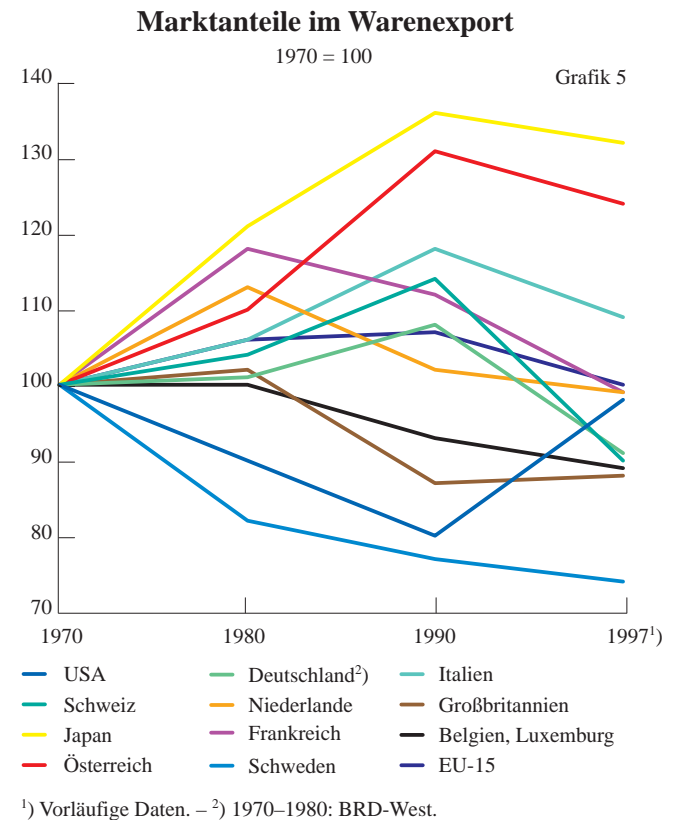
**Gegenüber dem gesamten EU-15-Raum hat Österreich seit 1964 jährlich 0'8% an Lohnkostenvorsprung gewonnen**, in den bisherigen 90er Jahren (1990/97) sogar 1'7% p. a. Einen Rückfall hinter den EU-Trend gab es lediglich in den 70er Jahren (1970/80: -1'5% p. a.), zufolge des ungewollt erlittenen „Lohnkostendebakels“ von 1975, das aber seither dank einer nahezu perfekten Einkommenspolitik ohne Abwertung mehr als wettgemacht werden konnte. Im Vergleich zur OECD insgesamt kam es wegen des Dollarverfalls langfristig zu einer etwas gedämpfteren, grundsätzlich aber ähnlichen Entwicklung. Die spektakulärsten Erfolge erzielte die heimische Lohnkostenpolitik ausgerechnet gegenüber den ökonomisch potentesten Nationen Deutschland, Japan und der Schweiz, und zwar lang-, mittel- und kurzfristig (1964/97: Deutschland: +2'0%, Japan: 2'5%, und Schweiz: 2'5% p. a.). Etwa im Gleichschritt mit Österreich entwickelten sich die realen Arbeitskosten seit 1964 in Frankreich, etwas schwächer in Italien, aller-

dings mit einer währungsbedingten Zäsur um 1970. **Generell befindet sich Österreich derzeit (1998) in der besten Arbeitskostenposition seit der Kamitz-Sanierung in den 50er Jahren**, die sich heute folgerichtig im höchsten realen Marktanteil aller Zeiten für Industriegüterexporte (SITC 5–9) widerspiegelt.

### b) Marktanteile im Warenexport

Seit Schaffung der europäischen Freihandelszone um 1970 hat sich Österreich im Exportwettbewerb auf den Weltmärkten entscheidend durchgesetzt. **Voraussetzung für diesen Erfolg war einerseits die solide Entwicklung der Lohnstückkosten sowie andererseits ein vergleichsweise überdurchschnittlich effizienter Strukturwandel in Industrie und Gewerbe zugunsten höherwertiger Produkte und Leistungen.** Davon zeugen lang- und mittelfristig profunde Marktanteilsgewinne im Export, vor allem im Vergleich zu den meisten anderen OECD-Ländern. Gemessen am Gesamtexport aller OECD-Staaten hat Österreich seinen Anteil in den letzten drei Jahrzehnten (1970/97) von 1'29% auf 1'60%, d. h. um ein volles Viertel gesteigert (+24%, das sind +0'8% p. a.). Von den

hochentwickelten Konkurrenten schaffte nur Japan mit +32% ein noch günstigeres Ergebnis. Mit Ausnahme von Norwegen (+17%), Italien (+9%)



### Marktanteile im Warenexport (SITC 0–9)

Tabelle 5

	Anteil am OECD-Export in %				Gewinn (+) in % p. a.			Index der Marktanteile 1970 = 100			
	1970	1980	1990	1997 <sup>1)</sup>	1970–90	1990–97	1970–97	1970	1980	1990	1997
<b>1. Österreich . . . . .</b>	<b>1'29</b>	<b>1'42</b>	<b>1'69</b>	<b>1'60</b>	<b>1'4</b>	<b>-0'8</b>	<b>0'8</b>	<b>100</b>	<b>110</b>	<b>131</b>	<b>124</b>
2. Deutschland <sup>2)</sup> . . . . .	15'40	15'52	16'68	13'96	0'4	-2'5	-0'4	100	101	108	91
3. Frankreich . . . . .	7'99	9'40	8'91	7'91	0'5	-1'7	0'0	100	118	112	99
4. Italien . . . . .	5'95	6'29	7'01	6'51	0'8	-1'0	0'3	100	106	118	109
5. Großbritannien . . . . .	8'71	8'92	7'62	7'67	-0'7	0'1	-0'5	100	102	87	88
6. Niederlande . . . . .	5'30	6'00	5'42	5'26	0'1	-0'4	0'0	100	113	102	99
7. Belgien, Luxemburg . . . . .	5'22	5'24	4'84	4'65	-0'4	-0'6	-0'4	100	100	93	89
8. Schweden . . . . .	3'06	2'50	2'37	2'26	-1'3	-0'7	-1'1	100	82	77	74
9. Dänemark . . . . .	1'51	1'38	1'45	1'33	-0'2	-1'2	-0'5	100	91	96	88
10. Finnland . . . . .	1'04	1'15	1'09	1'11	0'2	0'3	0'3	100	111	105	107
EU-15 . . . . .	57'30	60'80	61'20	57'50	0'3	-0'9	0'0	100	106	107	100
11. USA . . . . .	19'18	17'25	15'40	18'80	-1'1	2'9	-0'1	100	90	80	98
12. Kanada . . . . .	7'26	5'49	5'25	5'85	-1'6	1'6	-0'8	100	76	72	81
13. Japan . . . . .	8'70	10'50	11'80	11'50	1'5	-0'4	1'0	100	121	136	132
14. Schweiz . . . . .	2'31	2'40	2'62	20'80	0'6	-3'3	-0'4	100	104	114	90
15. Norwegen . . . . .	1'11	1'50	1'40	1'30	1'2	-1'0	0'6	100	135	126	117
OECD . . . . .	100'00	100'00	100'00	100'00	x	x	x	100	100	100	100

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. – <sup>2)</sup> 1970–1980: BRD-West.

Quelle: errechnet aus OECD: „Foreign Trade Statistics“.

und Finnland (+7%) unterschreiten alle übrigen OECD-Länder ihr Ausgangsniveau von 1970, am empfindlichsten Schweden (-20%), Kanada (-19%), Dänemark und Großbritannien (je -12%), Belgien (-11%), die Schweiz (-10%) und Deutschland (-9%). Der EU-15-Raum als Gesamtheit gewann bis 1990 gegenüber der OECD mäßig an Boden (+7%), fiel aber in den 90er Jahren zufolge der die USA und Kanada begünstigenden Währungsverschiebungen wieder auf die Ausgangsbasis von 1970 zurück. Seit 1990 haben somit nur die USA und Kanada massiv Marktanteile gewonnen, abgesehen von den späten Aufsteigern Irland und Spanien. Finnland und Großbritannien konnten sich gut halten, alle übrigen Länder, einschließlich Japan, haben seit 1990 zum Teil heftige Einbußen erlitten, vor allem die Schweiz, Deutschland und Frankreich.

Mit der Einführung des Euro können Marktanteils-gewinne oder Verluste zwischen den elf Euro-

Ländern nicht mehr durch Währungsmanipulationen verursacht werden, sodaß künftighin eine weit-aus stabilere Entwicklung im Außenhandel abseh-bar ist. Das bedeutet, daß Österreich seine derzeit hervorragende außenwirtschaftliche Position ohne Bedrohung durch Währungsturbulenzen fest-schreiben und weiterentwickeln kann.

Die fortschrittliche Struktur der österreichischen Exportwirtschaft dokumentiert sich nicht zuletzt an merklich höheren Marktanteilen für Industrie-produkte im engeren Sinn (SITC 5-9; d. h. ohne Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel). **In dieser spezifischen Abgrenzung stieg der Marktanteil Österreichs von 1'39% (1970) und 1'59% auf 1'84% im Jahr 1990 und gab infolge der Ver-schiebungen in der Währungsrelation bis 1997 auf 1'73% nach.** Preisbereinigt handelt es sich dennoch um den höchsten realen Marktanteil in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte.

### III Österreich an der Schwelle zur Wirtschafts- und Währungsunion

Der im Laufe des letzten halben Jahrhunderts erfolgte Aufstieg Österreichs in den engsten Kreis der **reichsten Industrienationen der Welt** manifestiert sich nicht sosehr in einem übermäßig hohen Verbrauchsstandard als vielmehr in einer besonders **eindrucksvollen Produktivitätsleistung**, einer **hohen Sparquote**, einer **kräftigen Sachkapitalbildung** sowie in einer **glänzenden Export-Performance**. Japan, Deutschland, die Schweiz und die USA sowie der EU-Raum insgesamt haben viel von ihrem einstigen Vorsprung eingebüßt.

Für die weitere Entwicklung ist wichtig, daß in Österreich noch eine Produktivitätsschere klafft: Der Produktivitätsfortschritt des weitgehend abgeschirmten **Dienstleistungsbereiches** bleibt nicht nur unter jenem der Industrie deutlich zurück, sondern hinkt diesbezüglich auch relativ stärker nach als in der BRD und EU insgesamt. In diesen „geschützten“ Branchen liegen also noch **große Produktivitätsreserven** verborgen, deren Mobilisierung auch der gesamtwirtschaftlichen Produktivität stärkeren Auftrieb gäbe. **So gesehen kann der Ruf nach „Europareife“ nur den geschützten Branchen gelten, denn für die österreichische Industrie ist dieses Schlagwort zum Anachronismus geworden, ist doch Österreich in puncto industrielle Dynamik der EU eindeutig überlegen.**

In den letzten fünf Jahrzehnten gab es nur drei scheinbar bedrohliche **Schwächeperioden**, die in zeitgenössischen Kommentaren jeweils als schwere Strukturkrisen gedeutet wurden, sich aber rückblickend als kurzlebige Anpassungsvorgänge erwiesen haben; die seinerzeit lautstark beklagte „**Wachstumskrise**“ 1964–1967 war bloß eine Auswirkung der damaligen EWG-Diskriminierung Österreichs; ihr folgte in den Jahren 1968–1973, nicht zuletzt auch dank dem „Big Bargain“, ein gewaltiger Sprung nach vorn. Und die angebliche „**Strukturkrise**“ der 80er Jahre war ausschließlich eine solche der Verstaatlichten Industrie; ihr folgte prompt der zweite große Wachstumsschub (1987–1991).

Die Wachstumsschwäche **Mitte der 90er Jahre** (1993–1996) ist als „**Anpassungskrise**“ an die Ostöffnung und die österreichische EU-Integration – der EU-Beitritt ist 1995 erfolgt – gesehen worden. Tatsächlich war ein verstärkter Strukturereinigungsprozeß zu verzeichnen, der sich in einer für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Zahl an Insolvenzen manifestiert hat. Im wesentlichen war aber die österreichische Wirtschaft auf die doppelte Herausforderung gut vorbereitet und konnte in den **Reformländern** durch Intensivierung der Handelsbeziehungen und durch ein hohes Volumen an Direktinvestitionen ihre Chancen ebenso nützen, wie sie ihre Leistungsfähigkeit im **EU-Raum** unter Beweis zu stellen vermochte.

Im Rückblick läßt sich feststellen, daß in den 90er Jahren die österreichische Wirtschaft weit mehr durch die Verschiebung der Währungsparitäten (1992 und 1995) betroffen war, als durch strukturelle Defizite; wäre zweite Interpretation zutreffend, hätte die österreichische Wirtschaft nicht zuletzt wieder auf die „Überholspur“ einschwenken und – über den Zeitraum der gesamten 90er Jahre gerechnet – erneut eine überdurchschnittliche Performance erzielen können.

Gerade die Erfahrung der Jahre 1992 und 1995 hat gezeigt, daß für Österreich, als kleine, offene und exportorientierte Volkswirtschaft, die **Einbindung in eine Währungsunion, gemeinsam mit den wichtigsten europäischen Handelspartnern, ein zentrales Anliegen** sein muß. Ein kleines Land ist auf offene Märkte und kalkulierbare Austauschrelationen mit seinen wichtigsten Handelspartnern angewiesen.

**Österreich hat durch die seit den 70er Jahren praktizierte Anbindung des Schilling-Außenwerts an die D-Mark, die sich zur Ankerwährung des Europäischen Währungssystems entwickelt hat, Erfahrung mit Funktion und Konsequenzen einer – informellen – Währungsunion gesammelt.** Diese österreichische Währungspolitik wurde und wird nicht nur als überaus erfolgreich ange-

sehen, sondern hat auch als Beispiel für andere Staaten gedient; sie **reduziert die Anpassungserfordernisse** an die Wirtschafts- und Währungsunion, da die ökonomischen Strukturen bereits heute mit den stabilitätspolitischen Anforderungen der Zukunft übereinstimmen.

Insbesondere erwächst für Österreich ein Vorteil daraus, daß die **Sozialpartnerschaft eine tragende Säule der Hartwährungspolitik** und der Anbindung des österreichischen Schillings an die D-Mark gewesen ist; damit ist in Österreich die Voraussetzung für eine produktivitätsorientierte, die Stabilität unterstützende Einkommens- und Beschäftigungspolitik unter den Bedingungen der künftigen Währungsunion gegeben.

An der Schwelle zur Währungsunion weist Österreich eine **exzellente Ausgangsposition** auf: in institutioneller Hinsicht hervorragend gerüstet für die neuen Rahmenbedingungen der europäischen Stabilitätsgemeinschaft tritt Österreich mit einer überaus konkurrenzfähigen Wirtschaftsstruktur in die Stufe 3 der WWU. **Österreich hat bereits seit Jahrzehnten jene Stabilitätskultur gelebt, die sich in anderen Ländern erst mühsam – und nach entsprechend negativen Erfahrungen mit Abwertungen und Inflationsprozessen – durchsetzen mußte.** Daß die mit langfristiger Stabilitätsorientierung nicht zu vereinbarenden Budget-

defizite in der ersten Hälfte der 80er und Mitte der 90er Jahre jeweils relativ schnell und ohne soziale Verwerfungen wieder abgebaut werden konnten, zeigt nicht nur auch diesbezüglich die Tragfähigkeit der konsensualen Wirtschaftspolitik in Österreich, sondern auch, daß die Beurteilung der Budgetpolitik als „Achillesferse“ (eines ansonsten gelungenen Policy Mix) überzogen und unsachgemäß dramatisierend war.

Wie die statistischen Daten zeigen, gründen zahlreiche Industriestaaten ihren Reichtum auf extensive Faktoren, wie hohe Erwerbsquoten, lange Arbeitszeiten, weniger Urlaub und Freizeit, späten Pensionseintritt, usw., nicht jedoch auf eine beeindruckende Produktivität von Arbeit und Kapital; diese ist vielmehr in Österreich höher, und das bei höherer Lebensqualität. Auch die wirtschaftliche Faszination, die seit Generationen von Deutschland ausgegangen ist, verblaßt zusehends; sogar unser wohl schon zu Zeiten Maria Theresias entstandener Minderwertigkeitskomplex scheint endlich – mit Recht – zu verschwinden.

Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs in den vergangenen fünf Jahrzehnten läßt den Schluß zu, daß dieses Land für Europa viel mehr ist als ein bescheidener quantitativer Beitrag zum gemeinsamen Sozialprodukt.

### **Zeichenerklärung**

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor

x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden

---

### **Finanznachrichten**

Wochenschrift für Wirtschaftspolitik, Kapitalmarkt, Bank- und Versicherungswesen.

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Christoph Hartmann; Liechtensteinstraße 63/3,  
A-1090 Wien, Tel. 310 96 200, Fax 310 96 2022; Verlagsort und Herstellungsort: Wien.

Diese Sondernummer erscheint mit Unterstützung der Oesterreichischen Nationalbank.